

Newsletter

01.10.2014 Ausgabe 6/14

Liebe Leserin, lieber Leser,

mit unserem aktuellen Newsletter informiert Sie die Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN über die Ratssitzung am 30.09.2014 und empfiehlt Ihnen gleichzeitig auch die Lektüre der Fraktionszeitung DIESE GRÜNEN Nr. 96.

Sie können gern per Email mit uns Kontakt aufnehmen und uns Ihre Meinung, Anregungen oder auch Ihre Kritik mitteilen. Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldung per Email an fraktion@gruene-wuppertal.de

Die gesamte Ratssitzung können Sie nach Tagesordnungspunkten (TOP) sortiert im [Internet](#) ansehen.



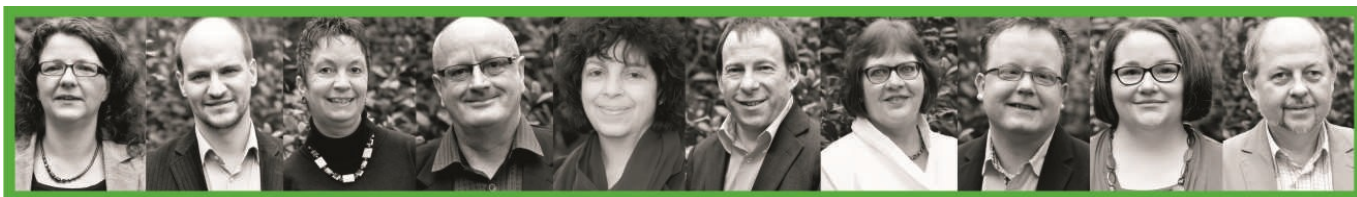
Anja Liebert
Fraktionsvorsitzende



Marc Schulz
Fraktionsvorsitzende



[Bitte benachrichtigen Sie uns, wenn Sie keine Infos mehr erhalten möchten.](#)



Hier sind unsere aktuellen Themen:

[Die Fraktionszeitung DIESE GRÜNEN Nr. 96 ist da](#)
[Schulsozialarbeit](#)

[Verkehrsinformationen für Wuppertal](#)

[TTIP: Ja zur kommunalen Selbstverwaltung und zur kommunalen Daseinsfürsorge](#)

[Festlegung der Geschäftskreise der Beigeordneten](#)

[Appell: der Rat der Stadt muss handlungsfähig bleiben!](#)

[Resolution Johnson Controls](#)

[Windenergienutzung Kleine Höhe](#)

Die Fraktionszeitung DIESE GRÜNEN Nr. 96 ist da

Alle drei Monate gibt die GRÜNE Ratsfraktion eine Zeitung heraus. In der aktuellen Ausgabe werden die Themen Kleine Höhe, Interview mit der GRÜNEN Fraktionsspitze, Bewertung des Kooperationsvertrags von SPD und CDU, die Ansprechpartner*innen der GRÜNEN Fraktion für die Fachausschüsse und viele andere Themen aufgegriffen.

[Hier](#) können Sie die Zeitung lesen oder als Datei herunterladen.

Schulsozialarbeit (TOP 4.1)

Die GRÜNE Fraktion will Schulsozialarbeit dauerhaft in Wuppertal verankern. Deshalb hat sie zuletzt im April 2014 einen interfraktionellen Antrag aller Fraktionen zum Erhalt der Schulsozialarbeit im Rat initiiert und auch an der Demonstration am 17.09.14 teilgenommen. [Hier](#) lesen Sie die Pressemitteilung, die von der Fraktion dazu veröffentlicht wurde.

Dem [Antrag](#) der Linken zum Rat konnten wir nicht zustimmen, sondern uns nur enthalten, da er der geltenden Beschlusslage des Rates widerspricht, der zufolge Bund und Land gemeinsam aufgefordert werden, sich bei der dauerhaften Weiterfinanzierung zu einigen. Wir wollen ausdrücklich keine der betroffenen politischen Ebenen aus der Verantwortung lassen. Darauf wies auch unser schulpolitischer Sprecher Marc Schulz in seinem [Redebeitrag](#) hin.

Am Tag der Sitzung stellten SPD und CDU noch einen [Antrag](#), der im Grunde keine Weiterentwicklung zur bisherigen [Beschlusslage](#) darstellte. Deshalb haben wir uns bei der Abstimmung enthalten.

Die Frage, wie das Auslaufen der Schulsozialarbeit in Wuppertal auch kurzfristig verhindert werden kann, bleibt die GroKo weiterhin schuldig. Wir haben daher einen [Offenen Brief](#) an die Fraktionsvorsitzenden von CDU und SPD geschrieben, in dem wir ein gemeinsames Vorgehen zur befristeten Weiterfinanzierung der Angebote aus städtischen Mitteln anbieten.



Verkehrsinformationen für Wuppertal (TOP 4.2)



Da die Informationspolitik der Stadt zu den zahlreichen Wuppertaler Baustellen sehr zu wünschen übrig lässt, haben wir eine übersichtliche und aktuelle Baustellen-Datenbank gefordert, auf der sich die Bürger*innen schnell über die Verkehrssituation informieren können. Zum Rat haben SPD und CDU einen [Gegenantrag](#) gestellt, der unsere Forderungen als Anregungen übernimmt, aber erst mit der Besetzung des neuen Geschäftsbereichs Bürgerbeteiligung umgesetzt werden soll. Unsere Fraktionsvorsitzende Anja Liebert und Klaus Lüdemann

machten deutlich, dass wir GRÜNEN weder bereit sind, den unübersichtlichen Zustand noch über Monate zu akzeptieren, noch unseren Antrag auf eine Anregung reduzieren zu lassen. Deshalb haben wir den Antrag von SPD und CDU abgelehnt. Über unseren [Antrag](#) wurde noch nicht einmal abgestimmt.



TTIP: Ja zur kommunalen Selbstverwaltung und zur kommunalen Daseinsfürsorge (TOP 4.3)

GRÜNE, LINKE und Piraten stellten zusammen den [Antrag](#), dass der Rat der Stadt sich uneingeschränkt für die kommunale Selbstverwaltung und Daseinsfürsorge stark macht, zum Protest am Aktionstag gegen TTIP am 11. Oktober aufruft und sich auf vielen politischen Ebenen für Transparenz und öffentliche Verhandlungen sowie Mitspracherechte der Mitgliedsstaaten einsetzen soll. Auch diesen Antrag kontert SPD und CDU durch einen [Gegenantrag](#), der einen Teil des Ursprungsantrages (Punkt 4) als einzigen Antrag zum Inhalt hat. Unser Antrag fand leider nicht die Mehrheit, der Antrag von CDU und SPD wurde beschlossen.

Festlegung der Geschäftskreise der Beigeordneten (TOP 4.4)

SPD und CDU beantragten einen weiteren Beigeordneten und eine Umstrukturierung der Zuständigkeiten innerhalb der Geschäftsbereiche.

Den ersten Teil der [Vorlage](#), die Zusammenführung der Bereiche Jugendhilfe und Schule, halten wir GRÜNE für sinnvoll. Der Einrichtung einer fünften Dezernentenstelle konnten wir jedoch nicht zustimmen, vor allem, da die groß angekündigte Einführung eines Beigeordneten für Bürgerbeteiligung eine Mogelpackung ist, wie unser Fraktionsvorsitzender Marc Schulz in seiner [Rede](#) deutlich machte. Deshalb haben wir den Antrag abgelehnt.

Appell: der Rat der Stadt muss handlungsfähig bleiben! (TOP 4.5)

SPD und CDU wollen die Einführung einer Drei-Prozent-Sperrklausel ab der nächsten Kommunalwahl und stellten einen entsprechenden [Antrag](#).

Um das Thema ausführlich beraten zu können, beantragten wir im Vorfeld der Ratssitzung Vertagung, die leider von CDU und SPD abgelehnt wurde

Die GRÜNE Ratsfraktion ist der Auffassung, dass die Wuppertaler Politik einen eigenen Beitrag leisten muss und stellte einen [Änderungsantrag](#) auf Reduzierung der Ratssitze von 66 auf 60 bis zur nächsten

Wahl, den Marc Schulz in seiner [Rede](#) begründete. Unser Antrag wurde von SPD und CDU abgelehnt. Wir haben uns beim Antrag der GroKo enthalten.

Resolution Johnson Controls (TOP 4.6)

Gemeinsam mit den LINKEN stellten wir den [Antrag](#), dass der Rat sein Unverständnis für die Aufgabe des Wuppertaler Standortes ausdrücken sollte. Die Wirtschaftskraft in unserer Stadt nimmt Schaden und der Rat sollte sich mit den Beschäftigten solidarisieren, die u.a. sehr viel unbezahlte Mehrarbeit geleistet haben, um Johnson Controls am Standort Wuppertal zu halten. Leider wurde der Antrag abgelehnt.

Windenergienutzung Kleine Höhe (TOP 9.7)

GRÜNE machen sich stark für eine 100% Erneuerbare Energieregion Bergisches Land. Deshalb stimmten wir im Rat für den [Grundsatzbeschluss](#) zur Errichtung einer Windkraftanlage auf der Kleinen Höhe. Im weiteren Verfahren werden wir uns wie bisher mit aller Kraft gegen alle Versuche wehren, darüber hinaus Gewerbe auf der Kleinen Höhe anzusiedeln.
